

## Wir wollen unser Schwimmbad zurück!



### **Bewusstseinswandel zwischen Privatisierung und Re-Kommunalisierung – und was können die Gewerkschaften tun?**

#### **Warum rollte die Privatisierungswelle?**

Komplexe ökonomische Prozesse sind nicht einfach planbar. Diese Kernaussage trugen die Neoliberalen stets wie eine Monstranz vor sich her und begründeten damit ihre „Privat-vor-Staat-Ideologie“. Der Markt werde es schon richten, die Politik habe ohnehin wenig Ahnung von Wirtschaft und Wirtschaften, deshalb dürfe sie auch nicht zu stark in die Ökonomie eingreifen und sie gar mit strengen Regeln drangsalieren. Ex-FDP-Wirtschaftsminister Brüderle verkörpert noch den Typus Politiker, der mit dieser Haltung ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft war. Er und seine Freunde im Geiste wurden und werden nicht müde zu betonen, dass Private effizienter und billiger seien.

Dieser ideologische Überbau beförderte die Privatisierungswelle in Deutschland, die in den 90er Jahren so richtig ins Rollen kam, aber schon weitaus früher angestoßen wurde.

Bereits unter Helmut Kohl und seiner CDU/CSU/FDP-Regierung ab 1982 („Leistung muss sich wieder lohnen“) kamen erstmals Privatisierungsbestrebungen auf. Unternehmen sollten von Gewinn beschränkenden Fesseln befreit, also staatliche Eingriffe beschränkt werden. Auch die staatlichen Ausgaben sollten gedrosselt werden. Und es wurden erste „Privatisierungslisten“ erstellt, die allmählich ab 1985 umgesetzt wurden. Zunächst standen dabei staatseigene erwerbswirtschaftliche Unternehmen wie Bundesbahn oder Bundespost im Focus. Auch unter der Regierung Kohl wurden Länder und Kommunen in den Jahreswirtschaftsberichten 1989 und 1990 dazu aufgefordert, stärker zu privatisieren.<sup>1</sup>

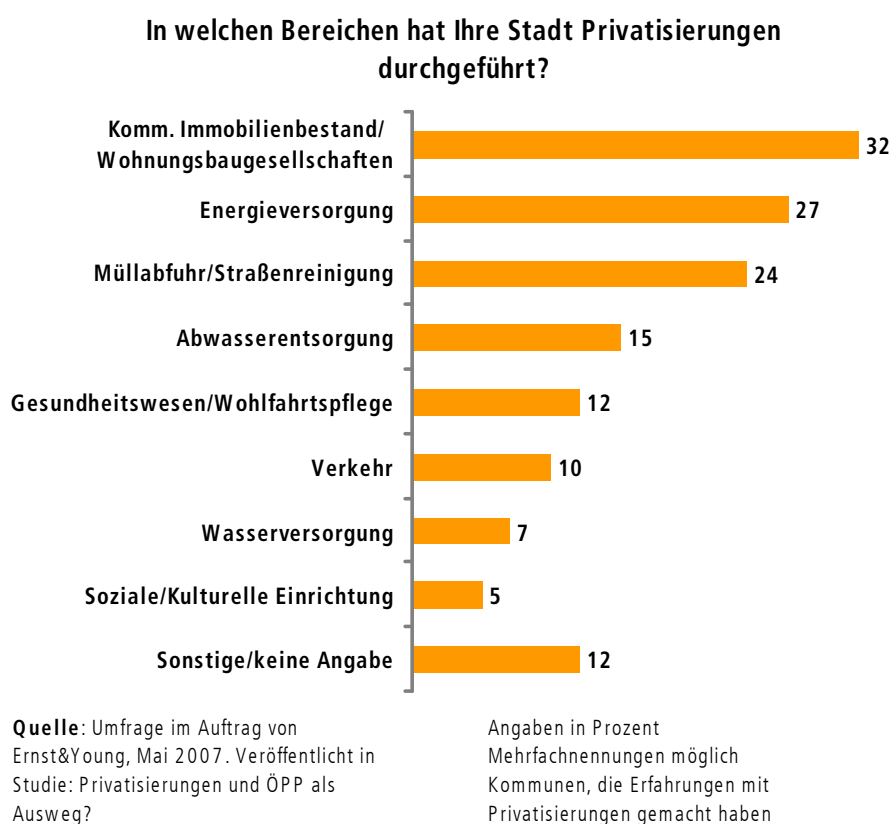
Auf europäischer Ebene hatte dieser Prozess ebenfalls Anfang der 80er Jahre mit Vorläufer-Überlegungen zum europäischen Binnenmarkt begonnen. Anstatt gemeinsame Rahmenbedingungen für die Konkurrenz unter den Ländern zu gestalten, ging es vor allem um die Beseitigung aller Marktschranken – der Wettbewerb wurde über eine brutale Standortkonkurrenz ausgetragen. Liberalisierung hieß das Zauberwort, und in diesem Sinne entstanden immer neue Gesetze.

Ein wesentlicher Faktor für die Entfesselung des ungezügelten Markt- und Wettbewerbsgedankens war schließlich der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme ab Ende der 1980er Jahre. Spätestens jetzt war doch „bewiesen“, dass die Staatswirtschaft abgedankt hatte und alle – auch die öffentlichen Sektoren - möglichst umfassend den Marktkräften anheim gegeben werden mussten.

<sup>1</sup> Vgl. Deckwirth, Christina: Kommunalwirtschaft und Global Players. In: Brandt/Schulten/Sterkel/Wiedemuth, 2008: Europa im Ausverkauf, VSA-Verlag Hamburg.

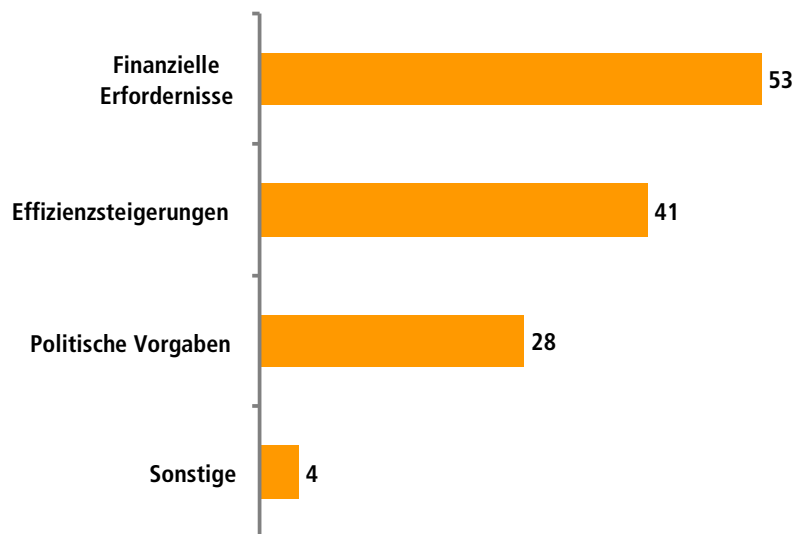
Zudem wurden die Haushaltslöcher der unterfinanzierten Kommunen immer größer und so wuchs auch der Druck auf die Politik, ihr Tafelsilber – also Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen teilweise oder ganz - zu verscherbeln und sich damit finanziell kurzfristig Luft zu verschaffen (Abb. 2). Und so wurden besonders in den 90er Jahren Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäuser, Energie- und Wasserbetriebe und Bildungseinrichtungen (teil)privatisiert. (Abb. 1).

**Abbildung 1**



Die Politik hatte zu dem Zeitpunkt durchaus weite Teile der Bevölkerung hinter sich. Denn die Behauptung „Private können’s besser“ verfiel mindestens bei denen, die sich über lange Wartezeiten in den Ämtern und wenig motivierte Sachbearbeiter ärgerten. Kommunal betriebene Unternehmen und Behörden galten als schwerfällig und wenig kundenfreundlich – eben unmodern (Abb. 2). Wo nicht gleich ganz verkauft wurde, erklärte man Managementkonzepte aus der privaten Wirtschaft zum Allheilmittel und stülpte sie über die „verkrusteten“ Verwaltungen. Unter dem Schlagwort „Neues Steuerungsmodell“ sollten sie nach betriebswirtschaftlichen Methoden modernisiert werden. Zugleich wollte man die kommunalen Aufgaben durch Outsourcing - also Ausgründung - und Privatisierung beschränken.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Deckwirth, Christina, a. a. O.

**Abbildung 2****Was sind die Gründe für die geplanten oder bereits durchgeführten Privatisierungen bzw. ÖPP-Projekte?\***

**Quelle** : Umfrage im Auftrag von Ernst & Young, Mai 2007.  
Veröffentlicht in Studie:  
Privatisierungen und ÖPP als  
Ausweg?

Angaben in Prozent  
Mehrfachnennungen möglich  
Kommunen, die Privatisierungen bzw. ÖPP-Projekte  
durchgeführt haben oder planen

\* ÖPP= öffentlich-private Partnerschaften

Die politische Förderung der Privatisierung ganzer Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge reichte bis in die 2000er Jahre. So schrieb der damalige Finanzminister Hans Eichel (SPD) 2004 in einem Ministeraufsatz: „... 1998 wurde das Leitbild des ‚aktivierenden Staates‘ geprägt. Privatisierungspolitik versteht sich seither als Teil umfassender Reformpolitik für eine moderne, effiziente Aufgabenteilung von Staat und Wirtschaft.“<sup>3</sup> In diesem Sinne konsequent: Mit dem „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“ von 2005 und der 2008 von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufenen „ÖPP Deutschland AG“ wurde die Übertragung öffentlicher Infrastruktur und öffentlicher Leistungen an Private befördert. Am ÖPP-Beschleunigungsgesetz und weiteren flankierenden Normen im Grunderwerbsteuergesetz, im Grundsteuergesetz und im Investmentgesetz arbeiteten maßgeblich externe Berater aus der Wirtschaft mit und sicherten sich damit ihre Interessen.

Diese öffentlich-privaten Partnerschaften waren letztlich nichts anderes als verdeckte Kredite, wobei die kommunalen Haushalte durch lang laufende Verbindlichkeiten weiter belastet wurden.

3 Internetzugriff 10.06. 2011:

[//www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_3992/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Bundesliegenschaften\\_\\_und\\_\\_Bundesbeteiligungen/Privatisierungs\\_\\_und\\_\\_Beteiligungspolitik/Grundlagen/Ministeraufsatz\\_202004,templateId=renderPrint.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_3992/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Bundesliegenschaften__und__Bundesbeteiligungen/Privatisierungs__und__Beteiligungspolitik/Grundlagen/Ministeraufsatz_202004,templateId=renderPrint.html) .

Zentraler Kritikpunkt an den ÖPPs ist der Zielkonflikt: Die Politik muss am Gemeinwohl orientiert sein und hat die Interessen aller – auch der weniger kaufkräftigen - Menschen wahrzunehmen. Das Hauptziel eines Unternehmens dagegen ist die Gewinnmaximierung für seine Eigentümer. Dadurch besteht die Gefahr der Verschlechterung des Leistungsangebotes aufgrund der meist monopolartigen Exklusivverträge.

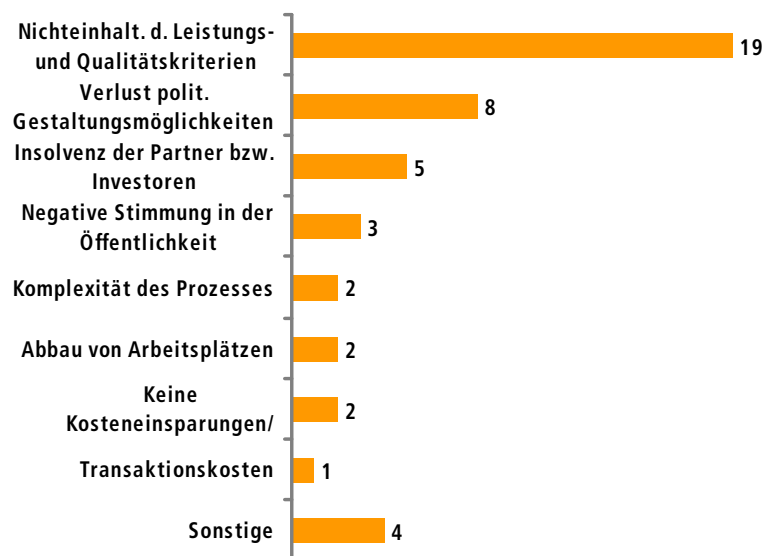


### Umdenken – umlenken – ein starker Staat ist doch nicht so schlecht

Nachdem der Privatisierungsboom über 20 Jahre getobt hatte, hat sich sowohl bei Kommunalpolitikern, BürgerInnen und Beschäftigten Ernüchterung breit gemacht. (Abb. 3)

#### Abbildung 3

##### Wo sehen Sie grundsätzliche erhebliche Probleme oder Risiken bei der Einbindung privater Anbieter oder Investoren?



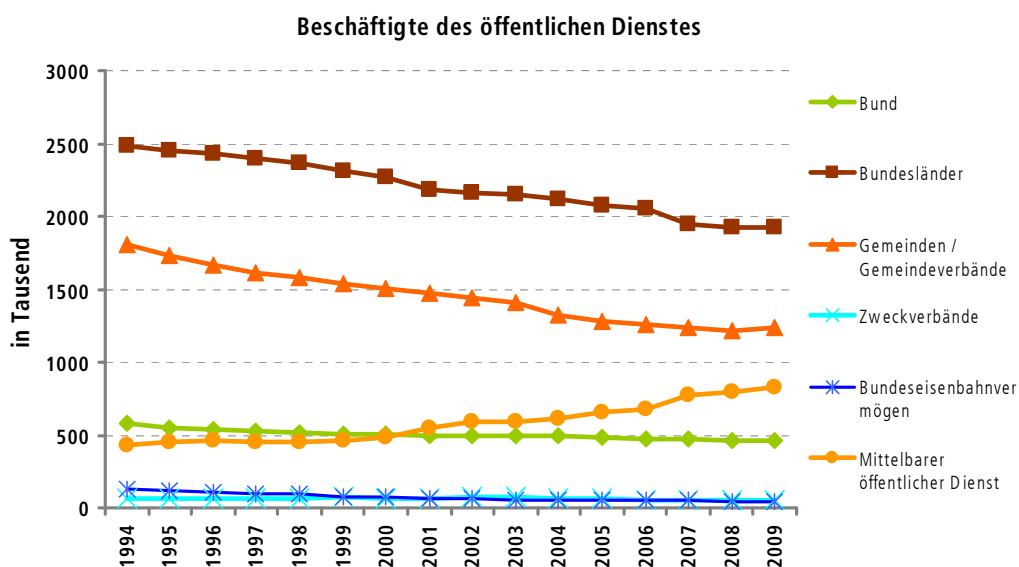
**Quelle:** Umfrage im Auftrag von Ernst&Young, Mai 2007. Veröffentlicht in Studie: Privatisierungen und ÖPP als Ausweg?

Angaben in Prozent  
Mehrfachnennungen möglich

Da sich private Unternehmen nur für lukrative Geschäftsfelder interessierten, kam es zu einem gnadenlosen Rosinenpicken: Die weniger gewinnträchtigen Unternehmensteile blieben bei der öffentlichen Hand, die damit zudem ihrer Möglichkeit zur Querfinanzierung beraubt war. Die erhofften Effizienzgewinne für die Kommunen stellten sich also meistens nicht ein. Die VerbraucherInnen ächzten nicht selten unter steigenden Preisen – besonders bei infrastrukturegebundenen Leistungen mit Monopolstellung.

Investitionen wurden vernachlässigt, die Anlagen häufig auf Verschleiß gefahren. Viele Beschäftigte klagten über Arbeitsverdichtung und schlechtere Bezahlung, etliche Stellen wurden abgebaut (Abb. 4). Und bei alledem konnten die Kommunen nur noch zusehen – schließlich hatten sie keine oder nur noch sehr eingeschränkte Eingriffs- oder Steuerungsmöglichkeiten.

**Abbildung 4**



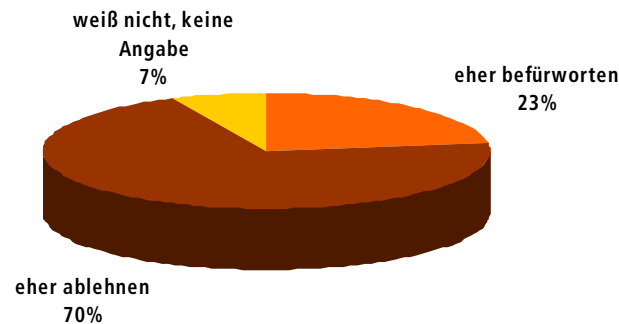
Quelle: Statistisches Bundesamt

Diese Erfahrungen weckten den Wunsch zur Rolle rückwärts. Bestärkt noch durch die jüngste Krise. Denn in der Wirtschafts- und Finanzkrise war der Staat plötzlich wieder gefragt. So sollte die öffentliche Hand gerade diejenigen Milliardenbeträge rüberschieben, die immer einen schlanken Staat propagiert hatten. Und gerade diejenigen helfen, die den Politikern Jahre zuvor mit penetranter Lobbyarbeit Gesetze in die Feder diktiert hatten, die später den Boden für die weltweite Krise bereiteten.

Auch die Bevölkerung begann umzudenken. Viele behielten ihren Arbeitsplatz nur, weil neben den erweiterten Gesetzen zur Kurzarbeit auch die vom Staat aufgelegten milliardenschweren Konjunkturprogramme griffen – beides massiv eingefordert und mitentwickelt von den Gewerkschaften. Und viele Menschen verstehen die wichtige Rolle des handlungsfähigen Staates auch erst jetzt, wo etwas Grundlegendes bröckelt: die Infrastruktur der Städte und Kommunen. Was immer selbstverständlich war, verschwindet allmählich, wird maroder und für die BürgerInnen teuer: KITAS, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, Straßen. Erst, wenn etwas nicht mehr funktioniert, wird offensichtlich, wie elementar es war. Aber natürlich gibt es auch die Unbelehrbaren: Da beschweren sich gerade diejenigen am lautstärksten über kratergroße Schlaglöcher im Asphalt, die gleichzeitig nach Steuersenkungen und strengster Einhaltung der Schuldenbremse rufen. Aber es ist etwas in Bewegung gekommen. Und auch, wenn in Deutschland wegen des selbst auferlegten Sparzwangs womöglich weitere Privatisierungen drohen, auch wenn Frau Merkel ihre Sparpolitik einschließlich Privatisierungsforderungen nach ganz Europa exportiert: Die allgemeine Stimmung ist dagegen, das belegen viele Umfragen (Abb. 5 und 6).

**Abbildung 5**

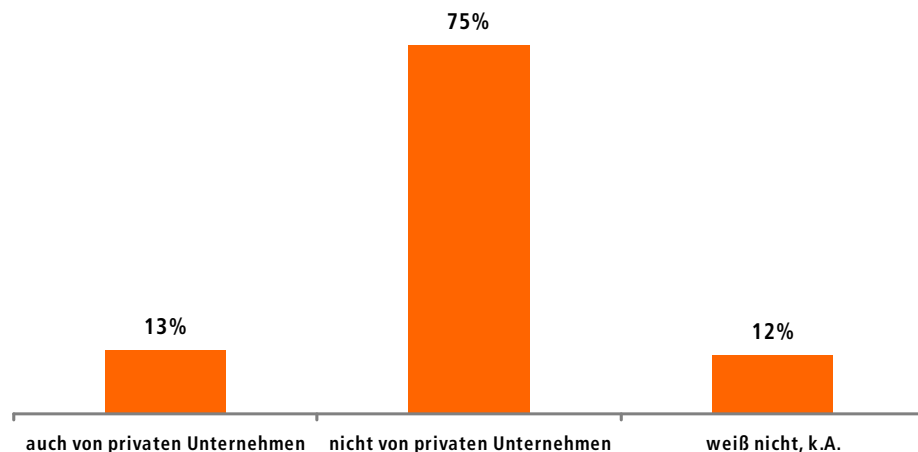
**Würden Sie eine Privatisierung der Stadtwerke hier in Ihrer Stadt eher befürworten oder eher ablehnen?**



Quelle: Verband kommunaler Unternehmen e.V.; Umfrage von tns emnid am 19.07.2010

**Abbildung 6**

**Die Versorgung mit Trinkwasser sollte erfolgen ...**



Quelle: dimap-Repräsentativerhebung, Zeitraum 09.01.-14.01.2008; i.A. von Verband kommunaler Unternehmen.

Bestärkt durch die fatalen Folgen der Deregulierung des Arbeitsmarkts mit seinem wuchernden Niedriglohnsektor, durch die Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Schuldenkrise sowie den Supergau in Fukushima wünschen sich viele Menschen einen neuen Kurs: weg vom schneller, weiter, billiger – hin zu Existenz sichernd, nachhaltiger, verlässlicher, weniger gierig. Und die politischen Entscheidungen und Prozesse müssen für den einzelnen beeinflussbar, wenigstens aber nachvollziehbar sein. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass unter echtem Wettbewerb nicht etwa ruinöse Konkurrenzkämpfe zu verstehen sind, die meist miese Arbeitsbedingungen, schlechte Qualität, die zunehmende Kluft zwischen wenigen Profiteuren und vielen Abgehängten sowie Schädigungen für Klima und Umwelt mit sich bringen. Für echten Wettbewerb ist die Qualität der Maßstab und zeichnet sich durch gute Arbeit, nachhaltiges Wirtschaften, bezahlbare Preise und Bürgernähe aus. Und das gilt auch für öffentliche Dienstleistungen.

### Re-Kommunalisierung als neuer Weg mit Chancen und Risiken

Trotz aller Hindernisse und der jahrzehntelang andauernden Auszehrung des Staates gibt es noch politischen Spielraum. Das zeigen etwa die Beispiele von Rekommunalisierungen im weitesten Sinne. So wurden bundesweit in den letzten Jahren rund 40 Stadtwerke neu gegründet und mehr als 100 Konzessionsverträge neu hinzugewonnen.

Die BürgerInnen finanzieren die öffentlichen Betriebe mit ihren Steuern und Gebühren, also gehören sie ihnen auch. Zu Recht reklamieren die Menschen ihren Anspruch auf gute öffentliche Dienstleistungen. Sie wollen nicht in endlosen Callcenter-Warteschleifen versauern, sondern wünschen sich einen kompetenten Ansprechpartner vor Ort. Die Mehrheit möchte, dass mit ihrem Geld „nachhaltig“ gewirtschaftet wird, also z. B. Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Um zu durchblicken, wohin und warum Steuern und Gebühren fließen, braucht es Transparenz, demokratische Kontrolle und Steuerungsmöglichkeiten. Die BürgerInnen wollen nicht länger Bittsteller sein.

Deshalb gibt es an vielen Orten der Republik die zunehmende Tendenz, unter der groben Überschrift Rekommunalisierung Aufgaben der Kommunen, die an Dritte vergeben wurden, wieder in die öffentliche Hand zurückzuholen. Das kann durch Rückkauf ehemals privatisierter Betriebe geschehen, durch Wiederaufgreifen der Aufgaben durch einen Verwaltungsträger, Neugründung von Eigenesellschaften, Rückübertragung operativer Dienstleistungen, Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen oder Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen.

**Abbildung 7**



Quelle: [www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de)

Rekommunalisierungen stellen die Kommunen allerdings vor gewaltige Herausforderungen. Da ist immer die Frage nach dem Geld in diesen schuldenbremsengeplagten Zeiten: Können und wollen wir uns das leisten? Bekommen wir günstige Kredite, ist das Unternehmenskonzept durchdacht, ist in Kürze ein Überschuss zu erwarten, mit dem man die Rekommunalisierung finanzieren kann?

Und: Sind Gewerkschaften und Beschäftigte bei dem Prozess der Rekommunalisierung mit im Boot? Können sie ausreichend mitbestimmen und -gestalten, damit die Belegschaften im Einzelfall nicht Einkommenseinbußen erleiden, wie es gerade im Bereich Energie drohen könnte?

Kann die Verwaltung das inhaltlich und personell leisten?

Gut zwei Jahrzehnte und etliche Verwaltungsmodernisierungswellen später müssen die Kommunen im Zuge der Rekommunalisierungen als erneuter Betreiber öffentlicher Betriebe nun zeigen, dass sie gelernt haben, arbeitnehmer- und bürgerfreundlich, ökologisch, sozial – aber auch wirtschaftlich zu agieren. Und: jederzeit überprüfbar für ihre „Anteilseigner“, die BürgerInnen.

Es gilt, vieles aufzuholen. Denn auch, wenn früher nicht alles Gold war, was öffentlich betrieben wurde, so sind durch die massiven Privatisierungen große, wichtige Teile des Wissens in den Verwaltungen verloren gegangen – es wurde ja nicht mehr benötigt, da die Aufgaben Dritten wahrnahmen.

Die Chance im Neuanfang für Kommunen als Arbeitgeber liegt aber darin, vieles besser zu machen. „Gute Arbeit“ bedeutet dann, tariflich bezahlte, sichere Arbeitsplätze anzubieten, MitarbeiterInnen zu haben, deren Ideen und Vorschläge gefragt sind und die deshalb motivierter sind, kreativer und freundlicher im Umgang mit den BürgerInnen. Eine Win-Win-Situation.

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Herausforderungen angenommen werden, überwiegen die Vorteile der Rekommunalisierung – für die BürgerInnen, Beschäftigten, örtlichen Betriebe, Kommunen und die Umwelt (siehe Kasten). Das haben inzwischen auch weite Teile der Parteien SPD, Grüne und Die Linke erkannt, die ihre Vorschläge zur Rekommunalisierung verstärkt in die Parlamente einbringen.<sup>4</sup>

Überdenkenswert ist u. a. die Idee, die ÖPP Deutschland AG aufzulösen und stattdessen eine Rekommunalisierungsagentur auf Bundesebene anzusiedeln. Damit soll eine Anlaufstelle für alle Kommunen geschaffen werden, bei der juristischer und ökonomischer Sachverstand abgefragt werden kann. Zudem sollen hier die Erfahrungen von Rekommunalisierungsprojekten bundesweit gebündelt und weitergegeben werden.<sup>5</sup>

4 Debatte zu den Anträgen „Energieversorgung in kommunaler Hand“, Plenar-Protokoll der Bundestagsitzung vom 11.11. 2010: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17071.pdf>.

5 Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Rekommunalisierung beschleunigen – Öffentlich-Private-Partnerschaften stoppen“ Drucksache 17/ 5776 vom 10.05.2011.



**Was bringt Rekommunalisierung...**

**...für die BürgerInnen? Zum Beispiel:**

- Kalkulierbare und bezahlbare Preise
- Gute Qualität
- Gute Erreichbarkeit ihres Versorgers
- Öffentliche Kontrolle: Bessere Transparenz und Mitsprache bei Leistungen und Preisgestaltung öffentlicher Betriebe

**...für die Beschäftigten? Zum Beispiel:**

- Faire, tarifliche Bezahlung, da keine Profiterwartung wie bei Privaten
- Höhere Arbeitsplatzsicherheit (da Heuschrecken öffentliche Unternehmen nicht übernehmen und ausschlachten können)
- Besserer Arbeitsschutz
- Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort, da Betriebe in kommunaler Hand Aufträge an örtliche Wirtschaft vergeben:
- Beschäftigung da, wo Leistungen erbracht werden
- Stärkung der Betriebsräte und damit der Mitbestimmung (Darüber hinaus können Kommunalparlamente per Satzung Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmervertretungen in öffentliche Unternehmen regeln)

**...für die örtlichen Betriebe? Zum Beispiel:**

- Werden eingebunden, erhalten mehr Aufträge
- Stellen mehr Leute ein
- Höhere Gewinne

**... für die Kommune? Zum Beispiel:**

- Größere Handlungsspielräume: finanziell, politisch
- Bedarfsnahe Planung der nötigen, umwelt- und bewohnergerechten Versorgung mit öff. Dienstleistungen
- Kommunen arbeiten kostendeckend, Ziel ist nicht Extra-Profit  
Wenn Gewinne entstehen: Reinvestition in kommunale Infrastruktur und Dienstleistungsangebot (Querfinanzierung defizitärer Bereiche)
- Wertschöpfungskette: Höhere Steuereinnahmen, da örtliche Betriebe mehr Aufträge erhalten, mehr Leute einstellen und die Beschäftigten besser verdienen, jeder neue Arbeitsplatz zieht 1,7 Arbeitsplätze nach sich
- Bessere Lebensqualität für alle erhöht Attraktivität der Region

**...für die Umwelt? Zum Beispiel:**

- Nutzung Kraft-Wärme-Kopplung, dezentrale, nachhaltige, klimafreundliche Energieerzeugung verbessern Luftqualität
- Vermeidung illegaler, Umwelt schädigender Müllentsorgung



## Die Gewerkschaften können Druck machen – mit der Zivilgesellschaft

Das Ziel, der öffentlichen Hand wieder den Haupteinfluss auf die Geschäftspolitik (teil)privatisierter Unternehmen öff. Daseinsvorsorge zu verschaffen, ist leider nicht überall ein Selbstgänger. Manchmal muss diesem Prozess auf die Sprünge geholfen werden. Ob und wie der kleine politische Spielraum genutzt wird, hängt auch vom Druck ab, den die Zivilgesellschaft entfaltet. Insofern wird in der aktuellen Diskussion um Wirtschaftsdemokratie auch eher von Vergesellschaftung denn von Verstaatlichung durch bürokratische Organisationen gesprochen.

Druck kann etwa durch Bürgerbegehren und Volksentscheide entfaltet werden. Es gibt bereits gute Beispiele, wo auf Betreiben der Gewerkschaften unter Einbindung von Teilen der Zivilgesellschaft mit diesem plebisitären Instrument weitere Privatisierungen verhindert oder die Rückübertragung öffentlicher Aufgaben auf die Kommune erreicht werden konnten. Nicht zuletzt mit positiven Folgen für die Arbeitsplätze. Im bayerischen Landkreis Rottal-Inn wurde z. B. 2009 durch einen Bürgerentscheid unter Beteiligung des DGB der Verkauf mehrerer Kliniken vereitelt.

Natürlich sind auch die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sowie die Beschäftigten unmittelbar gefragt. Aus den Betrieben heraus können da wirkungsvoll Ziele erreicht werden – etwa die Rekommunalisierung eines Unternehmens - wo viele ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisiert sind. Das allerdings ist gerade in vielen Dienstleistungssektoren nicht der Fall. Deshalb sollten sich auch Gewerkschaften für breitere Bündnisse öffnen, neue Partner für ihre Anliegen finden, neue Herangehensweisen und Protestmittel akzeptieren und entwickeln - so ungewöhnlich und anstrengend es für manchen „alt gedienten“ Gewerkschaftsfunktionär auch sein mag.

In Hamburg etwa war der Volksentscheid gegen den Verkauf der Mehrheitsanteile des Landesbetriebs Krankenhäuser deshalb erfolgreich, weil sich ver.di dort mit zwar heterogenen, gleichzeitig aber multikompetenten Mitstreitern verbündet hatte. Und sie konnten die gemeinsamen Anliegen in Bevölkerungsschichten transportieren, die Gewerkschaften allein kaum erreichen.

Dass es auch Rückschläge gibt, zeigt aktuell das von ver.di und DGB in Hamburg initiierte Volksbegehren „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“. Es sah vor, dass kein öffentliches Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge verkauft werden darf, ohne dass darüber zuvor die BürgerInnen abgestimmt haben. Das Volksbegehren hat die nötige Zahl an Unterstützerunterschriften leider verfehlt. Vermutlich auch, weil akut kein Privatisierungsvorhaben auf der politischen Agenda des neu gewählten SPD-Senats steht. Aber es wurde auch deutlich: Die Unterstützung aus den betrieblichen Strukturen hätte größer sein können. Wenn's nicht unmittelbar brennt, scheinen übergeordnete politische Ziele den Kampfgeist vieler GewerkschafterInnen nicht immer zu wecken. Dabei hätte dieses Volksbegehren bei Erfolg einen Schutz vor möglichen späteren Privatisierungsvorhaben (und allen Negativfolgen für die Beschäftigten) geboten, egal, welcher Couleur der regierende Senat im Rathaus dann gerade angehört.

Mehr Mut zu neuen Wegen in der Gewerkschaftsarbeit – das ist auch das Plädoyer in einer Dissertation, die sich mit den Auswirkungen von Privatisierungen auf Gewerkschaften beschäftigt. So könne mittels basisdemokratischer Elemente eine stärkere Bindung der Mitglieder an ihre Organisation erreicht werden. Tarifpolitisch bedürfe es „sowohl einer neue Ressourcen aktivierender als auch grenzüberschreitend einhegender Politik, die Defizite aus Privatisierung und Liberalisierung behebt“. Anstatt einseitig auf „sozial korporatistische Pakte“ zu setzen, sei auch eine Re-Politisierung gewerkschaftlicher Arbeit unerlässlich, um zu einer offensiveren Interessenpolitik zu gelangen, formuliert der Autor und schlägt vor: „Hierzu könnte auch die Forderung nach einer Ausweitung des Streikrechts für verbeamtete, aber privatwirtschaftlich beschäftigte Arbeitnehmer gehören. Wird bei der Wahl der gewerkschaftlichen Strategien auch auf individuelle Systemunterschiede einzugehen sein, so machen Privatisierungen vor dem Hintergrund von Liberalisierung, Europäisierung und Globalisierung neue Formen des Arbeitskampfes und der Organisationspolitik notwendig.“<sup>6</sup>

Es gibt erste Ansätze: Ob Ausstieg aus der Kernenergie, Positionierung gegen Neonazis, Kampf um eine gerechte Gesundheitsreform, der Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer etc. - Gewerkschaften gehen zunehmend breite Bündnisse ein mit Kirchen, Globalisierungskritikern, Migrantenorganisationen, Kinderschutz-, Wohlfahrts- und Verbraucherverbänden, Krankenkassen etc.

Gewerkschaften sollten die Lokomotive für eine breit aufgestellte Bewegung sein. Es besteht sonst die Gefahr, dass Wirtschaftsverbände auf diesen Zug aufspringen, die Ziele okkupieren und nach und nach für eigene Interessen wenden.

Gewerkschaften haben viele Gründe, etwa beim Thema Rekommunalisierung am Ball zu bleiben: Im Sinne ihrer Mitglieder, deren Interessen in den Betrieben vertreten werden sollen, aber auch, um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, die Gesellschaft sozial gerecht mit zu gestalten.

Wenn die öffentliche Hand – auch auf Druck der Gewerkschaften - mit gutem Beispiel vorangeht und erreicht, dass solides, nachhaltiges Wirtschaften zum Maßstab wird und nicht die Akkumulation von Reichtum bei wenigen, könnte dieser Weg Schule machen und auf andere Bereiche ausstrahlen.



Foto: Stephanie Hofschlaeger/pixelio

<sup>6</sup> Richter-Steinke, Matthias, 2011: „Auswirkungen von Privatisierungen auf Gewerkschaften“, Münster: Monsenstein und Vannerdat